

Generalrat fordert Ausgewogenheit

In zwei Postulaten fordert der Generalrat Murten den Gemeinderat auf, die **Zusammensetzung der Kommissionen** zu prüfen. Die Grünliberalen wollen in allen Kommissionen mitreden, die FDP fordert vermehrt Ad-hoc-Kommissionen.

HELENE SOLTERMANN

Der Murtner Generalrat hat am Mittwoch in seiner Sitzung zwei Postulate überwiesen. Der Inhalt ist der gleiche: Der Gemeinderat soll die Zusammensetzung der Kommissionen überdenken, künftig soll eine ausgewogene Vertretung der Parteien gewährleistet sein. Der Unterschied der beiden Anträge liegt beim Absender: Das eine Postulat stammt aus der Feder der FDP, das andere wurde von den Grünliberalen initiiert. So war es wohl auch der Absender, der für viele Generalräte den Ausschlag für ihr Stimmverhalten gab.

Das FDP-Postulat wurde von der SVP unterstützt und mit 27 Ja- zu 8 Neinstimmen überwiesen. Das GLP-Postulat hatte in des einen schwereren Stand: Bei der Abstimmung konnte die GLP zwar auf die Stimmen der SP, der CVP und EVP zählen. Weil die FDP und die SVP aber gegen die Überweisung des Postulats die Hand erhoben, fiel die Abstimmung mit 22 Stimmen für und 22 Stimmen gegen das GLP-Postulat aus. Dank dem Stichentscheid der Ratspräsidentin Chantal Müller wurde schliesslich auch das Postulat der Grünliberalen überwiesen.

«Postulat übernommen»

Die GLP wollte ihr Postulat ursprünglich in Form einer Motion an den Gemeinderat überweisen. Bei einer Motion muss der Gemeinderat Massnahmen ergreifen, ein Postulat ist weniger verbindlich. «Wir haben gemerkt, dass wir mit einer Motion im Generalrat nicht durchkommen, deshalb haben wir die Motion in ein Postulat abgeändert», sagt GLP-Fraktionspräsident Martin Leu auf Anfrage. Dass die GLP ihre Motion kurzerhand als Postulat vor den Rat brachte, stösst bei der FDP sauer auf. Ihre Partei habe ihr Postulat vor der Generalratsitzung allen Frak-



Die Politik im Murtner Rathaus näher begleiten: Die Grünliberalen wollen in wichtigen Kommissionen vertreten sein.

Bild Aldo Ellena/a

tionen unterbreitet, sagt FDP-Präsidentin Christine Jakob. «Die Grünliberalen haben dann einfach den Wortlaut unseres Postulats übernommen.» Diesen Vorwurf lässt Leu wiederum nicht gelten: «Uns ging es um die Sache.» Zudem störe ihn am FDP-Postulat, dass dieses lediglich die Ausgewogenheit über alle Kommissionen hinweg fordere. «Wir wollen in den einzelnen Kommissionen eine ausgewogene Parteivertretung», sagt Leu. Die GLP sei derzeit in der Bau- und in der Kulturkommission nicht vertreten, wolle dort aber sehr wohl mitreden.

Die FDP will laut Jakob mit ihrem Postulat nicht zuletzt erreichen, dass künftig vermehrt Ad-hoc-Kommissionen gebildet werden. Einen Vorschlag für eine solche temporäre Kommission brachte Bernhard Aebersold (FDP) bereits in der Generalratsitzung vom Mittwoch aufs Tafel. Er schlug vor, für das geplante Parkhaus eine überparteiliche Arbeitsgruppe zu bilden. «So kann man endlich vorwärtsmachen.» Eine solche Arbeitsgruppe sei in den Neunzigerjahren auch erfolgreich eingesetzt worden, um das Verkehrsproblem beim Berntor zu lösen.

Stromleitung: Murten soll sich für die Erdverlegung einsetzen

Die Gemeinde Murten soll sich aktiv gegen die geplante Hochspannungsleitung zwischen Yverdon und Galmiz wehren. Der Generalrat hat die Gemeinde in einer Resolution dazu aufgefordert. Diese stammt von der SP und von den Grünliberalen. «Aus ökologischer Sicht ist es unvernünftig, für Freileitungen zu sein», sagte Bernadette Haenni (SP). Obwohl die Resolution schliesslich angenommen

wurde, zeigten sich die SVP und die FDP skeptisch. «Auch wir nehmen die Ängste der Bevölkerung ernst», sagte Susanne Moser Sutter (SVP). «Allerdings ist in dieser Angelegenheit nicht die Gemeinde Entscheidungsträger, sondern der Kanton.» Auch die FDP schloss sich dieser Meinung an.

Der Gemeinderat entscheidet an einer seiner nächsten Sitzungen, ob und falls ja wie er auf die Resolution reagieren will. hs

Bund erneuert Finanzhilfe

Der Bund erneuert ein Programm zur Schaffung von Betreuungsplätzen. Freiburg muss nicht in die Lücke springen.

FREIBURG Die Unterstützung des Bundes zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder ist ein Erfolg: Aus dem Kanton Freiburg sind 44 Gesuche von Gemeinden bewilligt worden. In einer schriftlichen Anfrage an den Staatsrat sah SP-Grossrätin Andrea Burgener Woeffray das Ende dieser Erfolgsgeschichte kommen, denn der Bund hat seinen Verpflichtungskredit ausgeschöpft. Neue Gesuche kämen auf eine Warteliste, würden aber nicht vor 2015 behandelt. Die Grossrätin fragte deshalb an, ob der Staatsrat in die Bresche springen könnte. In seiner Antwort informiert der Staatsrat nun, dass das eidgenössische Parlament das Impulsprogramm um vier Jahre verlängert hat. Für die 120 Millionen Franken kommen vor- wie ausserschulische Betreuung in Frage. Weiter verweist der Staatsrat auf das Gesetz über familienexterne Tagesbetreuungseinrichtungen, welches der grosse Rat letzte Woche angenommen hat. uh

Staatsrat bringt Vision eines CO₂-freien Cardinal-Areals mit aus China

Das Cardinal-Areal soll nach Möglichkeit CO₂-emissionsfrei gestaltet werden. Die entsprechende Idee hat eine Freiburger Delegation eben aus China mitgebracht.

URS HAENNI

FREIBURG Ein Höhepunkt aus Sicht der Freiburger Delegation, welche vergangene Woche die chinesische Provinz Zhejiang bereist hat, stellte der Besuch im Center for Sustainable Energy Technologies (CSET) dar. Es handelt sich dabei um das einzige CO₂-emissionfreie Gebäude Chinas und gehört zur Universität Nottingham in Ningbo.

Die Freiburger Delegation, angeführt von den beiden Staatsräten Beat Vonlanthen und Pascal Corminboeuf, war von dem Komplex derart beeindruckt, dass sie es als Konzept gleich in Form eines CO₂-emissionsfreien Technologie- und Innovationsparks auf dem Freiburger Cardinal-Areal anwenden möchten. Freiburg würde damit in der Schweiz eine Vor-



Das Zentrum für nachhaltige Energie in Ningbo soll als Vorbild für ein CO₂-emissionsfreies Cardinal-Areal dienen.

Bild zvg

reiterrolle einnehmen. Zu diesem Zweck entschied die Delegation in Ningbo, eine Zusammenarbeit zwischen den Freiburger Hochschulen und den universitären Institutionen der Provinz Zhejiang auf die Beine zu stellen, und zwar in den Bereichen Cleantech und «Zero carbon».

Weiter wird ein Freiburger Vertreter eingeladen zum zweiten Zero-Carbon-Kongress in Ningbo Ende Oktober, und auch

auf Freiburger Seite plant man nächstens einen Kongress zum selben Thema in Freiburg. Der CSET-Direktor in Ningbo Jo Darkwa hat seine Teilnahme bereits bestätigt. Dieser hat den Gästen unveröffentlichte Forschungsergebnisse im Bereich der Nanotechnologie-Nutzung zur Herstellung von energiesparenden Materialien vorgestellt.

Weiter mit Blick auf den zukünftigen Cardinal-Technologiepark besuchte die Freiburger

auf Freiburger Seite plant man nächstens einen Kongress zum selben Thema in Freiburg. Der CSET-Direktor in Ningbo Jo Darkwa hat seine Teilnahme bereits bestätigt. Dieser hat den Gästen unveröffentlichte Forschungsergebnisse im Bereich der Nanotechnologie-Nutzung zur Herstellung von energiesparenden Materialien vorgestellt.

Der Freiburger Auftritt an der Gebrauchsartikelmesse in Ningbo sorgte für grosses Interesse, insbesondere auch für eine beträchtliche mediale Präsenz.

Freiburgerin erhält wichtigen Kulturoorden

FREIBURG Claudine Brohy, Lektorin am Sprachenzentrum der Universität Freiburg, hat die Auszeichnung «Chevalier de l'Ordre des Palmes académiques» erhalten. Dies als Anerkennung für ihr Engagement für die französische Sprache und Kultur, wie die Universität Freiburg mitteilte. Diese renommierte Auszeichnung im Bereich der Pädagogik und der französischen Kultur wurde 1808 von Napoleon Bonaparte für Personen aus einem universitären Umfeld geschaffen.

In der Schweiz wird der Orden über die französische Botschaft in Bern verliehen. Brohy erhielt ihn in einem feierlichen Rahmen von Kulturrat Michel Tarpianian in Freiburg überreicht. Brohy, die auch Kolumnen für die FN schreibt, engagiert sich in Forschung und Unterricht für die französische Sprache und Kultur. Zudem ist sie im Bereich der Mehrsprachigkeit, des Sprachenunterrichts und der Sprachenpolitik, als Aus- und Weiterbildungsrerin, in Kommissionen und Vereinen und als Mittlerin zwischen den deutsch- und französischsprachigen Sprachgemeinschaften tätig. fca

Die SVP hat im Sensebezirk eine neue Ortspartei

Kaum gegründet, hat die SVP-Sektion Heitenried/St. Antoni bereits rund 55 bis 60 Mitglieder.

ST. ANTONI Der Wohnort des neuen SVP-Grossrats Emanuel Waeber hat nun eine SVP-Sektion. Der gemeinsame Parteibleger für St. Antoni und Heitenried wurde am Mittwoch gegründet und hat nach Angaben der Partei bereits 55 bis 60 Mitglieder. Noch mehr Personen, etwa 90, haben gemäss Emanuel Waeber an der Gründungsversammlung vom Mittwochabend in St. Antoni teilgenommen. «Wir waren überrascht, wir hatten mit 30 bis 40 Personen gerechnet», sagt Waeber. Der ehemalige CVP-Kantonalpräsident war im Organisationskomitee für die Parteigründung und ist nun Mitglied des vierköpfigen Vorstands.

Präsiert wird die Ortspartei von Adrian Müller aus Heitenried. Wieso eine gemeinsame Sektion gegründet wurde, erklärt Müller, der seit 20 Jahren SVP-Mitglied ist, folgendermassen: «In den beiden Dörfern gibt es auf anderen Ebenen, zum Beispiel bei der Feuerwehr, bereits eine Zusammenarbeit und wir können so die Ressourcen teilen.» Die beiden weiteren Vorstandsmitglieder sind Walter Stampfli und Grossrat Josef Binz.

«Gwundrig» auf Brunner

Im Publikum der Gründungsversammlung sassen gemäss Emanuel Waeber auch viele CVP-Mitglieder. Wie die Nachfrage beim CVP-Präsidenten von St. Antoni ergab, verzichtet diese derzeit keine übermässige Abwanderung. «Wir haben keine Mitgliederliste. Aber mir wäre nicht bekannt, dass es Ausritte gegeben hätte», sagt Heinz Wyler. Er schätzt es aber als «durchaus möglich» ein, dass es Übertritte geben könnte. «Ich nehme aber auch an, dass die Leute „gwundrig“ waren auf Toni Brunner.» Der bekannte SVP-Exponent war als Guest an die Gründungsversammlung eingeladen worden. hpa